

## 2 Extremismus – Theorie und Erscheinungsformen in Deutschland und den Vereinigten Staaten

Im folgenden Abschnitt wird das begriffliche Fundament im Bereich des politischen Extremismus unter Berücksichtigung der Forschungslandschaft in Deutschland und den Vereinigten Staaten gelegt. Anschließend wird die Phänomenologie rechts- und linksextremistischer Bestrebungen in beiden Staaten eingehend beleuchtet. Verständnis und praktische Nutzung des Extremismusbegriffs variieren in den deutschen und in den amerikanischen Sozialwissenschaften mitunter erheblich. Diese Differenzen werden erläutert, wobei sich erste Unterschiede im Umgang mit politischem Extremismus zeigen.

### 2.1 Extremismusforschung und Begriffsdebatte in Deutschland

Politischen Extremismus gibt es in jeder Demokratie. In jeder freien Gesellschaft gibt es Gruppierungen, die eben jene aus höchst unterschiedlicher Motivation heraus bekämpfen.<sup>19</sup> Die Existenz des politischen Extremismus stellt die Politikwissenschaft vor die Aufgabe, derartige Tendenzen zu analysieren, einzuordnen, ihre Unterschiede herauszuarbeiten und ihr Gefahrenpotential zu bewerten.<sup>20</sup> Im Folgenden findet sich ein kurzer Überblick zum Stand der deutschen Extremismusforschung. Der Begriff des Extremismus und die wissenschaftliche Legitimation der Extremismusforschung selbst sind dabei umstritten. Es handelt sich hier um einen methodischen Streit darüber, ob verschiedene Formen des

---

<sup>19</sup> Auf die Ursachen des politischen Extremismus kann an dieser Stelle aus Platzgründen nicht intensiver eingegangen werden. Ein kurzer Überblick dazu mit weiteren Literaturverweisen findet sich unterteilt nach sozioökonomischen, politischen und psychologischen Faktoren z. B. bei Steffen Kailitz, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Eine Einführung*, Wiesbaden 2004, S. 196-209; Aus sozialpsychologischer Sicht widmet sich dem Thema der von Michael A. Hogg und Danielle L. Blaylock herausgegebene Sammelband: *Extremism and the Psychology of Uncertainty*, Oxford 2012.

<sup>20</sup> Es soll hier der politikwissenschaftliche Extremismusbegriff erörtert werden, zum verfassungsrechtlichen und administrativen Verständnis des Extremismusbegriffs vgl. Christoph Weckenbrock, *Was ist Extremismus?*, Politikwissenschaftliche, verfassungsrechtliche und administrative Perspektiven eines Begriffs, in: Mathias Brodtkorb (Hg.), *Extremistenjäger!?*, Der Extremismusbegriff und der demokratische Verfassungsstaat, Schwerin 2011, S. 11-18.

politischen Extremismus überhaupt als solche bezeichnet werden dürfen und ob es Sinn macht, diese Ausprägungen des Extremismus anschließend zu vergleichen.

### Das Extremismuskonzept

Ein Vorreiter der deutschen Extremismusforschung war Manfred Funke. Stärker als das antidemokratische Element stellt Funke die Gegnerschaft zum herrschenden politischen System und Bejahung von Gewalt als zentrale Charakteristika des politischen Extremismus in den Vordergrund.<sup>21</sup> Während dieser Ansatz aufgrund der mangelnden Unterscheidung zwischen demokratischem Widerstand in einer Diktatur und extremistischer Betätigung in einer Demokratie nicht vollends überzeugen kann, haben Uwe Backes und Eckhard Jesse in verschiedenen Publikationen seit dem Ende der 1980er Jahre einen differenzierteren Ansatz vorgelegt.<sup>22</sup> Sie sehen Extremismus als Oberbegriff an, der sich in verschiedenen politischen Ausprägungen, hauptsächlich in Gestalt des Rechts- und Linksextremismus, aber auch des religiösen Fundamentalismus zeigt. Prinzipielle Unterschiede werden dabei anerkannt, offensichtliche strukturelle Gemeinsamkeiten jedoch nicht beiseitegeschoben.<sup>23</sup> In der Positivdefinition zeichnen sich nach Backes alle Formen des politischen Extremismus durch Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus bzw. kategorischen Utopie-Verzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien sowie Fanatismus und Aktivismus aus.<sup>24</sup> Jesse ergänzt die Positivdefinition in teilweiser Überschneidung um die Ablehnung des politischen Pluralismus, eine Identitätstheorie der Demokratie und ein Missionsbedürfnis.<sup>25</sup> Der Extremismusbegriff liefert so eine gemeinsame formale Kategorie und nimmt keine inhaltliche Beschreibung verschiedener Extremismen vor. Dies wäre auch nicht angebracht, da sowohl Linksextremismus als auch Rechtsextremismus und Islamismus wiederum Sammelbegriffe für unterschiedliche Strömungen und Bewegungen darstellen und sich einander oft feindlich gesinnt zei-

---

<sup>21</sup> Vgl. Manfred Funke, Extremismus und offene Gesellschaft, Anmerkungen zur Gefährdung und Selbstgefährdung des demokratischen Rechtsstaates, in: ders. (Hg.), Extremismus im demokratischen Rechtsstaat, Düsseldorf 1978, S. 15-46, S. 19-20.

<sup>22</sup> Vgl. u. a. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; Uwe Backes, Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Auflage, Bonn 1996; Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hg.), Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005.

<sup>23</sup> Vgl. Backes, Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland (1996), S. 45-47.

<sup>24</sup> Vgl. Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, S. 298-311.

<sup>25</sup> Vgl. Eckhard Jesse, Politischer Extremismus und Parteien, in: ders., Hans-Peter Niedermayer (Hg.), Politischer Extremismus und Parteien, Berlin 2007, S. 11-21, S. 11.

gen. Zur graphischen Darstellung ihres Extremismusmodells, zogen Backes und Jesse ein Hufeisen heran, an dessen beiden Enden die Varianten des Links- und Rechtsextremismus stehen.<sup>26</sup> Die beiden Formen des politischen Extremismus berühren sich nicht und werden somit nicht gleichgesetzt, angesichts ihrer Gefahr für die Demokratie jedoch ähnlich bewertet. Kritisch kann angemerkt werden, dass in diesem Modell lediglich zwei Varianten des politischen Extremismus in ihrer Beziehung zum demokratischen Verfassungsstaat dargestellt werden. Backes und Jesse haben das Hufeisenmodell später nicht mehr genutzt.

Um Tendenzen zu erfassen, die sich gegen die demokratische Ordnung eines Staates wenden oder diese lediglich kritisieren, kursieren sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft unterschiedliche klassifizierende Begriffe, die der allgemeinen Verständlichkeit und wissenschaftlichen Bestimmtheit nicht förderlich sind.<sup>27</sup> Besonders unklar wirkt dabei meist die Unterscheidung von Extremismus und Radikalismus. Radikalismus, (abgeleitet von dem lateinischen Wort *radix* für *Wurzel* oder *Ursprung*), wird oft synonym mit Extremismus (von *extremus*, lateinisch für *das Äußerste*) verwendet.<sup>28</sup> Dabei scheint es von der Bedeutung der Worte her eher sinnvoll, Bestrebungen die sich im Rahmen des demokratischen Verfassungsstaates bewegen und diesen nicht überwinden, sondern lediglich durch radikale Ansätze verändern wollen, als radikal zu bezeichnen. Extremistisch sind demzufolge Bestrebungen, die außerhalb des Bekenntnisses zum demokratischen Verfassungsstaat anzusiedeln sind, diesen bekämpfen und ihm eine totalitäre Ideologie gegenüberstellen, die zu seiner Auflösung führen würde.<sup>29</sup> Pfahl-Traugher merkt an, dass zur Qualifizierung als Extremist neben dem totalitären auch ein autoritäres Staatsverständnis genügt<sup>30</sup>, da dieses dem demokratischen Verfassungsstaat ebenso fremd ist. Extremismus kann sich auch demokratischer Methoden, wie beispielsweise Wahlen, bedienen, um seine Ziele durchzusetzen. Backes und Jesse liefern ergänzend zur obigen Positivdefinition die folgende Negativdefinition: Extremismus ist für sie eine „Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen [...], die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungs-

---

<sup>26</sup> Uwe Backes, Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1, Bonn 1989, S. 33.

<sup>27</sup> Vgl. für eine umfassende Begriffsgeschichte: Uwe Backes, *Politische Extreme, Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart*, Göttingen 2006.

<sup>28</sup> So z. B. bei Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich, USA, Frankreich, Deutschland*, Wiesbaden 1998.

<sup>29</sup> Vgl. Hans-Gerd Jaschke, *Politischer Extremismus*, Bonn 2007, S. 17.

<sup>30</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traugher, *Extremismus und Terrorismus, Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht*, in: ders. (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung* 2008, Brühl 2008, S. 9-33, S. 19; vgl. zur Unterscheidung der Begriffe Juan J. Linz, *Autoritäre und totalitäre Regime*, 2. Auflage, Berlin 2003.

staates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen.“<sup>31</sup> Aus Positiv- und Negativdefinition ergibt sich der normative Extremismusbegriff, der der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegt. Der zur Charakterisierung extremistischer Phänomene beizeiten genutzte Begriff des Populismus scheint ungeeignet. So konstatiert Frank Decker treffend, dass sowohl extremistische als auch demokratische Parteien populistisch handeln können.<sup>32</sup> Populismus ist lediglich als deskriptive Kategorie für einen Mobilisierungsstil anzuwenden und nicht für einen ideologischen Inhalt.<sup>33</sup>

Die oben ausgeführte Charakterisierung des Extremismus fragt unweigerlich nach seinem Gegenüber, dem, was nicht extremistisch ist. Backes und Jesse schlagen hier den Begriff des demokratischen Verfassungsstaates vor. Da Demokratie allein schwer zu fassen sei und sich der Demokratiebegriff zu einer Leerformel entwickelt habe, sei eine Konkretisierung notwendig.<sup>34</sup> Tatsächlich werden unter dem Stichwort der Demokratie die verschiedensten staatlichen Ordnungen und politischen Handlungsweisen verstanden. Das zeigt sich besonders bei kritikwürdigen Selbsteinschätzungen einzelner Staaten, wie beispielsweise der ehemaligen Deutschen *Demokratischen* Republik und politischer Parteien, wie der *Nationaldemokratischen* Partei Deutschlands. Auch wenn der Begriff des demokratischen Verfassungsstaates nicht frei von Missbrauchsgefahr ist, verbindet er grundlegende demokratische Werte wie regelmäßig stattfindende, freie, gleiche und allgemeine Wahlen und ein Recht auf Opposition mit den Grundprinzipien des Konstitutionalismus wie Gewaltenteilung und dem Schutz der persönlichen Freiheitssphäre. Die Verbindung von Demokratie und Konstitutionalismus dient so der Verhinderung von Machtmissbrauch und Willkürherrschaft.<sup>35</sup> Auf einen Nenner gebracht bezeichnet der demokratische Verfassungsstaat alle Ordnungen und Ordnungsvorstellungen, in denen die Minimalbedingungen<sup>36</sup> der Demokratie – Menschenrechte, durch Wahlen ausgeübte Volkssouveränität und Rechtsstaatlichkeit – erfüllt werden. Somit wird für die vorliegende Arbeit ein mittleres, prozeduralistisches Demokratiemodell gewählt.<sup>37</sup>

<sup>31</sup> Backes, Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland* (1996), S. 45.

<sup>32</sup> Vgl. Frank Decker, *Die populistische Herausforderung, Theoretische und ländervergleichende Perspektiven*, in: Frank Decker (Hg.), *Populismus in Europa, Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Bonn 2006, S. 9-32, S. 13.

<sup>33</sup> Vgl. Kailitz, *Politischer Extremismus*, S. 29.

<sup>34</sup> Vgl. Backes, Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland* (1996), S. 36-37.

<sup>35</sup> Vgl. a. a. O., S. 38; vgl. zum demokratischen Verfassungsstaat u. a.: Birgit Enzmann, *Der demokratische Verfassungsstaat, Zwischen Legitimationskonflikt und Deutungsoffenheit*, Wiesbaden 2009.

<sup>36</sup> Vgl. Stephan Eisel, *Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie, Eine Studie zur Akzeptanz der Grundlagen demokratischer Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland*, Paderborn 1986, S. 91-92.

<sup>37</sup> Es unterscheidet sich von einem minimalistischen Demokratiemodell, das sich allein über freie Wahlen definiert, durch die Hinzuziehung von Menschenrechten und Rechtsstaat als essentielle

Der Demokratiebegriff, den Extremisten gern für sich verwenden, richtet sich meist nach einer identitären Vorstellung der Demokratie, die darüber hinaus nicht viel mit den Ideen von Jean-Jacques Rousseau<sup>38</sup> zu tun haben muss.<sup>39</sup> Bei der Identitätsdemokratie wird nicht der tatsächliche Wille des Volkes ermittelt, sondern vielmehr ein willkürlich festgesetzter „wahrer“ Wille, der letztlich nur die jeweilige extremistische Ideologie befolgt. Bei einer Identität von Regierenden und Regierten, wie sie auch Carl Schmitt gefordert hat<sup>40</sup>, ist ein Pluralismus der Ideen nicht vorstellbar. Das Gegenstück zur Identitätstheorie der Demokratie ist die Konkurrenzdemokratie. Sie dient dem demokratischen Verfassungsstaat als theoretische Unterfütterung. Auch hier geht es um die Methode der Verteilung demokratischer Herrschaft. Joseph Schumpeter charakterisierte sie treffend: „[D]ie demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben.“<sup>41</sup> Dieser Konkurrenzkampf muss regelmäßig stattfinden, so dass aus einer Minderheit stets eine Mehrheit werden kann. Einen festgelegten Volkswillen gibt es demnach nicht.<sup>42</sup> Grundsätzlich ist anzumerken, dass Extremismus eine „normale Pathologie“<sup>43</sup> des demokratischen Verfassungsstaates zu sein scheint. Jaschke stellt treffend fest, dass eine Demokratie ohne extremistische Strömungen ebenso wenig denkbar sei „wie eine Gesellschaft ohne Kriminalität.“<sup>44</sup>

---

Bestandteile der Demokratie. Maximalistische Demokratiemodelle hingegen beziehen zusätzlich die Output-Dimension mit ein, wobei die Gefahr droht, den Demokratiebegriff zu überfrachten, da auch andere Herrschaftsmodelle in einigen Teilbereichen positiven Output vorweisen können, vgl. Wolfgang Merkel, Vergleich politischer Systeme, Demokratien und Autokratien, in: Manfred G. Schmidt, Frieder Wolf, Stefan Wurster (Hg.), Studienbuch Politikwissenschaft, Wiesbaden 2013, S. 207-236, S. 217-220.

<sup>38</sup> Vgl. Jean-Jacques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts (1762), Stuttgart 2006.

<sup>39</sup> Vgl. Kailitz, Politischer Extremismus, S. 19.

<sup>40</sup> Vgl. Carl Schmitt, Verfassungslehre, München/Leipzig 1928, S. 234-235.

<sup>41</sup> Joseph Alois Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (1942), 2. Aufl., Bern 1950, S. 428.

<sup>42</sup> Vgl. Backes, Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland (1996), S. 382.

<sup>43</sup> Nach Erwin K. Scheuch, Hans-Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jg., Tübingen 1967, S. 11-29, S. 12.

<sup>44</sup> Jaschke, Politischer Extremismus, S. 12.

## Kritik des Extremismuskonzeptes und Alternativen

Der Begriff des Extremismus steht eindeutig „im Spannungsfeld zwischen analytischer und wertender Betrachtungsweise.“<sup>45</sup> Deswegen scheint es folgerichtig, dass das oben erläuterte Konzept von Backes, Jesse und anderen in der politischen Wissenschaft auf breite Kritik trifft. Diese reicht von der Bemängelung einzelner Teilaspekte bis zur völligen Ablehnung.

Bisweilen wird der Extremismusforschung eine angebliche Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus angelastet.<sup>46</sup> Dem kann jedoch entgegengehalten werden, dass allein die Vorsilbe bereits einen Unterschied eingesteht und sich bei der Betrachtung von Rechtsextremismus eine Betrachtung des Linksextremismus geradezu aufdrängt. Die Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die Gegnerschaft zu den Werten und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates sind wohl unbestreitbar und in der Grundstruktur der Denkanstöße aufzufinden.<sup>47</sup>

Oftmals äußert sich Kritik an der Extremismusforschung in der Behauptung, sie verdränge das Problem des politischen Extremismus an die Ränder der Gesellschaft, ohne zu beachten, dass auch die sogenannte „Mitte“ extremistische Einstellungen vorweise und sich Themen von Extremisten und Demokraten überschneiden würden.<sup>48</sup> Dabei wird mehr in die Extremismustheorie hineingelesen, als sie letztlich hergibt. Nirgendwo lässt sich die Feststellung finden, es gebe keine extremistischen Einstellungen in allen Bevölkerungsschichten. Es gibt sie und sie sind durchaus auch im Einklang mit der Extremismusforschung als „extremistisch“ zu bezeichnen. Eine andere Frage ist jedoch, ob diese Einstellungen diffus sind oder sich konkret in Wahlergebnissen, in wachsender Anziehungs-

<sup>45</sup> Peter Graf Kielmannsegg, Rezensionessay: Was ist politischer Extremismus?, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 2, Bonn 1990, S. 280-288, S. 281.

<sup>46</sup> Vgl. z. B. Christoph Butterwegge, *Mittlere Irrtümer*, in: Der Freitag vom 09.06.2010, Internetquelle: <http://www.freitag.de/politik/1023-mittlere-irrt-mer>, aufgerufen am 09.02.2014; Helga Grebing, *Rechtsradikalismus gleich Linksradikalismus, Eine falsche Gleichung*, Stuttgart 1971 (Radikalismus wird bei Grebing synonym mit der hier verwendeten Definition von Extremismus verwendet); besonders platte Kritik, versehen mit einem diffusen Unbehagen an der wissenschaftlichen Disziplin der Politikwissenschaft, und ohne eine über Schlagworte hinaus gehende Würdigung der Schriften der Extremismusforschung: Wolfgang Wippermann, *Dämonisierung durch Vergleich, DDR und Drittes Reich*, Berlin 2009, S. 25-34; ders., *Politologentrug, Ideologiekritik der Extremismus-Legende*, in: *Standpunkte 10/2010*, Internetquelle: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte\\_10-2010.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_10-2010.pdf), aufgerufen am 09.02.2014.

<sup>47</sup> Backes, Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland* (1996), S. 54.

<sup>48</sup> Vgl. Christoph Butterwegge, *Rechtsextremismus*, Freiburg i. Brsg. 2002, S. 19; Gero Neugebauer, *Der Fächer des Bösen, Was wir mit Extremismus alles zu meinen meinen, Eine kurze Befassung mit Begriffen und Thesen*, in: Heinrich Böll Stiftung Sachsen, Kulturbüro Sachsen, *Forum für kritische Rechtsextremismusforschung*, Studierendenrat der TU Dresden (Hg.), *Gibt es Extremismus?, Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti)demokratischen Einstellungen*, Dresden 2010, S. 13-18, S. 15.

kraft oder der Gründung extremistischer Parteien und Organisationen manifestieren. Sofern in der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung überhaupt von der Mitte gesprochen wird, ist nicht eine soziologische Mitte beispielsweise im Sinne der Mittelschicht gemeint, sondern der Teil der Bevölkerung, der die Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaates nicht ablehnt. Überschneidungen zwischen einem soziologischen und einem extremismustheoretischen Mittebegriff sind möglich, aber nicht im Begriff selbst angelegt.

Ähnliche Kritik am normativen Extremismusbegriff formuliert das vorwiegend aus jungen Politikwissenschaftlern bestehende Forum für kritische Rechtsextremismusforschung gleich in einem ganzen Sammelband.<sup>49</sup> In der Einleitung wird wiederum vor allem die vermeintliche Gleichsetzung verschiedener Extremismen anhand des Extremismusbegriffs angeprangert. Auf den Einwurf der Extremismusforschung, es werde sehr wohl inhaltlich zwischen Rechts- und Linksextremismus unterschieden, folgt die Antwort: „Nicht, dass ‚Links- und ‚Rechtsextremismus‘ überhaupt nicht unterschieden würden, ist der Kernpunkt der Kritik, sondern der Umstand, dass sie in Bezug auf ein Drittes, nämlich auf die formal definierte demokratische Mitte gleichgesetzt – mithin auch als funktional gleich(artig) als Bedrohung der Mehrheitsdemokratie eingestuft – werden.“<sup>50</sup> Abgesehen vom wiederholten Missverständnis, dass die Extremismusforschung von einer inhaltslosen Mitte ausgehe<sup>51</sup>, bleibt unbeantwortet, warum die Klassifizierung als extremistisch angesichts der offenkundig sowohl im Links- als auch Rechtsextremismus vorhandenen Ideologiekomponenten, die einer an Menschenrechten und Mitbestimmung orientierten Demokratie diametral entgegenstehen, auf einer wissenschaftlichen Ebene zur offenen Bewertung der Gefährdung einer Demokratie nicht legitim sein sollte. Die folgende Feststellung, so komme es „schließlich zu einer Äquivalent-Setzung der ‚Extremismen‘, und zwar vollkommen unabhängig von jeglicher empirischer Ausprägung“<sup>52</sup> stimmt; allerdings nur, was die Klassifizierung in einer Oberkategorie angeht. Wie bei jedem wissenschaftlichen Sammelbegriff, müssen einzelne Ausprägungen selbstverständlich tiefer gehend analysiert werden, was durchaus geschieht.

Auf einer zweiten Ebene bemängeln die Herausgeber des Sammelbandes die Vorstellung der Existenz und der Abgrenzbarkeit von Extremismus an sich.

---

<sup>49</sup> Vgl. Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), *Ordnung. Macht. Extremismus., Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*, Wiesbaden 2011.

<sup>50</sup> Anne Dölemeyer, Anne Mehrer, Einleitung: *Ordnung. Macht. Extremismus.*, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), *Ordnung. Macht. Extremismus.*, S. 7-32, S. 10-11.

<sup>51</sup> Da die „Mitte“ in jeder Gesellschaft variieren kann, steht die Vokabel in den grundlegenden Schriften zur Extremismusforschung nicht im Zentrum. Es geht vielmehr normativ um Äquidistanz demokratischer gegenüber nichtdemokratischen (also extremistischen) Strömungen.

<sup>52</sup> Dölemeyer, Mehrer, Einleitung: *Ordnung. Macht. Extremismus.*, S. 11.



Nicht nur die Vokabel sei falsch gewählt, sondern die vorherrschenden gesellschaftlichen Strukturen insgesamt seien unzureichend reflektiert und begründet, so dass keine ausreichende Legitimation für eine Abgrenzung von Extremismus und Demokratie, die den Status quo zementiere, vorhanden sei.<sup>53</sup> Ähnliches Unbehagen äußert Stephan Bundschuh: Der Extremismusbegriff wolle „Raum, Zeit und Geschichte stillstellen“<sup>54</sup> und kriminalisiere „utopisches Denken“<sup>55</sup>. Eine solche Interpretation der Grundlagen demokratischer Gemeinwesen stimmt bedenklich, lassen sich doch unzählige im Laufe der letzten 300 Jahre politischer Ideengeschichte immer wieder neu reflektierte Begründungen für den Minimalkonsens des demokratischen Verfassungsstaats als einzige die Bedingungen der Möglichkeit von demokratischer Freiheit und Menschenrechten gewährende Organisationsgrundlage ausfindig machen.<sup>56</sup> Ulrich K. Preuß spricht treffend von der „uneinholbare[n] normative[n] Überlegenheit der Demokratie über andere Herrschaftsformen“<sup>57</sup>, da nur sie Freiheit und Herrschaft vereinbaren kann.

Mögliche Alternativen zum Extremismuskonzept wollen gleich fünf Beiträge des Sammelbandes vorstellen, von denen einer jedoch aufgrund seines ästhetisch-kunstwissenschaftlichen Ansatzes für die Sozialwissenschaften nur wenige Anknüpfungspunkte bietet.<sup>58</sup> Während von den übrigen Alternativvorschlägen einer mehr oder weniger ergebnislos auf der Suche bleibt<sup>59</sup>, fordert ein anderer, den Begriff des Rechtsextremismus fallen zu lassen und an seiner statt „Neonazismus“ oder „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ zu gebrauchen, wobei einige der dabei entstehenden Unzulänglichkeiten erfreulicherweise bemerkt werden.<sup>60</sup> Ergänzend kann angemerkt werden, dass auch aus Sicht der Extremismusforschung jede Form des Rechtsextremismus eine Ideologie der Ungleichwertigkeit darstellt (und vice versa), wobei andere Formen der Demokratiefeindlichkeit beim vorgelegten Alternativansatz unberücksichtigt bleiben. Jens Zimmermann

<sup>53</sup> Vgl. Dölemeyer, Mehrer, Einleitung: Ordnung, Macht, Extremismus., S. 19-21.

<sup>54</sup> Stephan Bundschuh, „Extremismus“, Versuch einer ideologiekritischen Auseinandersetzung, in: Journal für politische Bildung, 3. Jg. Heft 3/2013, S. 54-62, S. 55.

<sup>55</sup> Bundschuh, „Extremismus“, S. 57.

<sup>56</sup> Mal abgesehen von den praktischen Erfahrungen mit anderen Modellen.

<sup>57</sup> Ulrich K. Preuß, Die Bedeutung kognitiver und moralischer Lernfähigkeit für die Demokratie, in: Claus Offe (Hg.), Demokratisierung und Demokratie, Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt am Main 2003, S. 259-280, S. 259.

<sup>58</sup> Vgl. Zoran Terzić, Kulturextremismus, Zur Ästhetik und Politik radikaler Phänomene, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung, Macht, Extremismus., S. 347-370.

<sup>59</sup> Vgl. Elena Buck, Keine Gesellschaft ohne Grenzen, keine Politik ohne Gegner\_innen, Auf dem Weg zu Kriterien demokratischer Grenzziehungen, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung, Macht, Extremismus., S. 263-285.

<sup>60</sup> Vgl. Stefan Kausch, Gregor Wiedemann, Zwischen „Neonazismus“ und „Ideologien der Ungleichwertigkeit“, Alternative Problematisierungen in einem kommunalen Handlungskonzept für Vielfalt und Demokratie, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung, Macht, Extremismus., S. 286-306.



sieht in der Kritischen Diskursanalyse den Weg zur Überwindung des Extremismusparadigmas<sup>61</sup>, Jörn Hüttmann, möchte den Begriff des „Rechtsextremismus“ durch den weiter gefassten „extremen Rechten“ ersetzen.<sup>62</sup> So sind die im Sammelband vorgestellten Alternativen entweder wenig originell und nehmen eine Gefahrenverortung für die Demokratie nur im rechten politischen Spektrum vor, oder sie liefern fruchtbare Ergebnisse, ohne jedoch deutlich zu machen, warum der Extremismusbegriff als normative Rahmentheorie mit der eigenen Herangehensweise unvereinbar sein sollte.

Richard Stöss zog es früher vor, rechtsextremistische Parteien als „antidemokratisch“ und linksextremistische Parteien als „antikapitalistisch“ zu bezeichnen.<sup>63</sup> Diese Kennzeichnung der extremistischen Tendenzen ist irreführend, da auch linke politische Strömungen antidemokratisch und rechte gleichermaßen antikapitalistisch eingestellt sein können. Bestes Beispiel hierfür ist die heutige NPD.<sup>64</sup> Außerdem wendete Stöss so zwei verschiedene Kriterien an. Im einen Fall wird die Systemfeindlichkeit einer Partei untersucht, während es im anderen lediglich um die Ablehnung der Wirtschaftsordnung geht. Folgerichtig hat Stöss den Begriff des Extremismus aufgenommen, grenzt sich jedoch nach wie vor von Backes und Jesse ab. Er hält ihr Modell für eindimensional, da gesellschaftlich-politische Prozesse nicht eingebunden würden und ihm ein Links-Rechts-Schema nicht ausreiche. An dessen Stelle schlägt Stöss beispielsweise eine graphische Darstellung in Form eines zweidimensionalen Koordinatensystems vor. Auf der x-Achse findet sich die Dimension Soziale Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit und auf der y-Achse die Dimension Libertarismus vs. Autoritarismus.<sup>65</sup> Dies scheint nicht zweckmäßig, da so Autoritarismus und Marktfreiheit als Extreme gesetzt werden, was zur Verharmlosung des einen und zur Verteufelung des anderen führen kann.

In einem Beitrag aus dem Jahr 2008 hat Stöss gefragt, was dafür spreche, „Parteien unabhängig von ihrer Größe und Binnenstruktur, unabhängig von ihrer

---

<sup>61</sup> Vgl. Jens Zimmermann, Völkische Globalisierungsfeindschaft in der Deutschen Stimme, Fallbeispiel einer Kritischen Diskursanalyse als Alternative zur formalistischen Extremismus-Hermeneutik, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung. Macht. Extremismus., S. 307-326.

<sup>62</sup> Vgl. Jörn Hüttmann, Extreme Rechte, Tragweite einer Begriffsalternative, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung. Macht. Extremismus., S. 327-346.

<sup>63</sup> Richard Stöss, Struktur und Entwicklung des Parteiensystems in der Bundesrepublik, Eine Theorie, in: ders. (Hg.), Parteien-Handbuch, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 1, AUD bis EFP, Opladen 1984, S. 17-309, S. 297.

<sup>64</sup> Vgl. z. B. Harald Bergsdorf, Die neue NPD, Antidemokraten im Aufwind, München 2007; Uwe Backes, Henrik Steglich (Hg.), Die NPD, Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007; Christoph Weckenbrock, Die streitbare Demokratie auf dem Prüfstand, Die neue NPD als Herausforderung, Bonn 2009.

<sup>65</sup> Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, 3. Aufl., Berlin 2010, S. 18.

Machtposition und Wettbewerbssituation und unabhängig von ihrer ideologisch-programmatischen und politisch-strategischen Ausrichtung in einer Familie zu vereinen<sup>66</sup>. Er kommt zu dem Ergebnis, dass das Extremismuskonzept keinen analytischen Nutzen besitze und das typenbildende Merkmal zu weich sei, so dass subjektive Werturteile Einzug in die Forschung erhielten.<sup>67</sup> Dem entgegnet Eckhard Jesse nicht zu Unrecht, dass ernsthafte politikwissenschaftliche Forschung der Frage, ob politische Bestrebungen den demokratischen Verfassungsstaat bejahen oder nicht, keineswegs ausweichen dürfe. Innerhalb und an den Grenzen der Kategorie des politischen Extremismus würden Abstufungen und Unterschiede nicht ausgeklammert.<sup>68</sup> Ein analytischer Nutzen sei durchaus gegeben, da mithilfe des Extremismusbegriffs Erkenntnisse über die Gefährdung des demokratischen Verfassungsstaats, extremistische Erfolgsbedingungen, den Intensitätsgrad und Wechselwirkungen von Extremismen generiert werden können. Auch Parteiensystemeigenschaften wie Integrationsdefizite der etablierten Parteien ließen sich so ausfindig machen.<sup>69</sup>

Hans-Gerd Jaschke hat seine Ablehnung des Extremismusbegriffs teilweise relativiert. Er kritisierte ebenfalls die Schwierigkeit, Extremismen inhaltlich zu vergleichen. Gegen den Vergleich sprechen seiner Einschätzung zufolge auch die unterschiedlichen Ursprünge von Links- und Rechtsextremismus. Der Linksextremismus gehe aus der Arbeiterbewegung hervor, die sich auf demokratiefördernde Traditionen und aufklärerisch-humanistische Motive beruft, während der Rechtsextremismus ein reaktionär-autoritäres Herrschaftsmodell zur Grundlage habe.<sup>70</sup> Es stellt sich hier allerdings die Frage, inwieweit auch das dem Linksextremismus zugrundeliegende Herrschaftsmodell bisweilen reaktionär und autoritär sein kann. In einer neueren Publikation Jaschkes mit dem Titel „Politischer Extremismus“ werden sowohl Rechts- als auch Linksextremismus aufgenommen.<sup>71</sup> Nach wie vor hält er jedoch den normativen Ansatz von Backes und Jesse für unterkomplex, da die Problematik auf den Gegensatz von Demokratie und Extremismus reduziert werde<sup>72</sup>, sieht allerdings in der historischen Betrachtung von Extremismus als Gegenbewegung zum Liberalismus Ansätze einer Verstan-

<sup>66</sup> Richard Stöss, „Extremistische Parteien“, Worin besteht der Erkenntnisgewinn?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 47/2008, S. 3-7, S. 6.

<sup>67</sup> Vgl. a. a. O., S. 6-7.

<sup>68</sup> Vgl. Eckhard Jesse, „Extremistische Parteien“, Worin besteht der Erkenntnisgewinn?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 47/2008, S. 7-11, S. 9.

<sup>69</sup> Vgl. a. a. O., S. 11.

<sup>70</sup> Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit, Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991, S. 31.

<sup>71</sup> Vgl. Jaschke, Politischer Extremismus, S. 31-34.

<sup>72</sup> Vgl. a. a. O., S. 23.

Streitbare Demokratie in Deutschland und den  
Vereinigten Staaten

Der staatliche Umgang mit nichtgewalttätigem  
politischem Extremismus im Vergleich

Flümann, G.

2015, XIV, 436 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-08313-7